

Sehr geehrter XXXX,

das Referat Bürgeranfragen des Europäischen Parlaments bestätigt den Eingang Ihrer Nachricht vom 15. Juni 2017 zum Thema Glyphosat.

Wir möchten Sie informieren, dass im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln die Europäische Kommission durch Durchführungsverordnungen für die Genehmigung sowie gegebenenfalls auch für die Verlängerung von erteilten Genehmigungen von Wirkstoffen auf EU-Ebene sorgt.

Eine Verlängerung der Zulassung von Glyphosat unterliegt somit dem sogenannten "Komitologie-Verfahren", das in diesem Fall vorsieht, dass das Parlament von einem allfälligen Regelungsvorschlag der Kommission zu informieren ist, jedoch kein Mitentscheidungsrecht hat. Vor dem Hintergrund der nach diesem Verfahren anstehenden (Nicht-)Verlängerung der Zulassung von Glyphosat erklärte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) im November 2015, dass Glyphosat wahrscheinlich keine krebserregende Wirkung auf den Menschen habe und dass eine Einstufung als karzinogen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse nicht gerechtfertigt sei. Angesichts dieses Fazits hatte die Kommission zu entscheiden, ob Glyphosat weiterhin in der Liste genehmigter Wirkstoffe der Union verbleiben soll. Da die Schlussfolgerungen der EFSA jedoch nicht mit früheren Studien über diesen Wirkstoff übereinstimmen, wandten sich viele Bürger an das Europäische Parlament und forderten es auf, sich dafür einzusetzen, dass die Erneuerung der Genehmigung von Glyphosat abgelehnt wird.

Am 13. April 2016 nahm das Parlament eine nichtlegislative EntschlieÙung zur Erneuerung der Genehmigung des Wirkstoffs Glyphosat an, in der es seine Überzeugung festhielt, dass mit dem Entwurf einer Durchführungsverordnung der Kommission kein hohes Schutzniveau für die Gesundheit von Mensch und Tier und für die Umwelt gewährleistet wird, das Vorsorgeprinzip nicht befolgt wird und die Durchführungsbefugnisse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 überschritten werden.

Außerdem forderte das Parlament die Kommission auch auf, insbesondere den nichtprofessionellen Einsatz von Glyphosat nicht zu genehmigen und außerdem rasch eine unabhängige Überprüfung der Gesamtoxizität und der Einstufung von Glyphosat auf der Grundlage sämtlicher verfügbaren wissenschaftlichen Belege einzuleiten, einschließlich der Belege für die Karzinogenität von Glyphosat und für mögliche endokrinschädigende Eigenschaften.

Darüber hinaus forderte das Parlament unter anderem, dass der Einsatz von Glyphosat in oder in der Nähe von öffentlichen Parks, öffentlichen Spielplätzen und öffentlichen Gärten nicht genehmigt werden sollte.

Diese und weitere Informationen finden Sie auch in der einschlägigen Pressemitteilung des Parlaments vom 13. April 2016, die auch weiterführende Links enthält.

Der Ständige Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel (Fachgruppe Pflanzenschutzmittel) unter dem Vorsitz eines Vertreters der Kommission, der sich aus nationalen Sachverständigen aller Mitgliedstaaten zusammensetzt, sollte anschließend über den Vorschlag der Kommission abstimmen, um ihn mit qualifizierter Mehrheit anzunehmen oder abzulehnen.

Da die erforderliche Mehrheit jedoch nicht erzielt wurde, oblag es der Kommission, über die begrenzte Verlängerung der Genehmigung von Glyphosat zu entscheiden. Gleichzeitig, also am 29. Juni 2016, legte die Kommission den Mitgliedstaaten drei Empfehlungen vor, die so bald wie möglich angenommen werden sollten. In dem Merkblatt der Kommission mit häufig gestellten Fragen zum Thema Glyphosat finden Sie dazu weitere Informationen, ebenso wie in der Antwort der Kommission auf die erwähnte EntschlieÙung des Europäischen Parlaments, in der sie darlegt, in welchen Punkten sie den Wünschen des Parlaments nachkommen würde (siehe dazu den Link SP(2016)484 im einschlägigen elektronischen Verfahrensakt 2016/2624(RSP) unserer Legislativen Beobachtungsstelle).

In weiterer Folge beschloss die Kommission, eine europäische Bürgerinitiative zu registrieren, der zufolge die Kommission aufgefordert wird, „den Mitgliedstaaten ein Verbot für Glyphosat vorzuschlagen, das Zulassungsverfahren für Pestizide zu überarbeiten und EU-weit verbindliche

niedrigere Ziele für den Einsatz von Pestiziden festzulegen“.

Diese Bürgerinitiative wurde am 25. Januar 2017 förmlich registriert. Mit der Registrierung wurde eine einjährige Phase eingeleitet, in der die Organisatoren Unterschriften zur Unterstützung der vorgeschlagenen Bürgerinitiative sammeln. Sollte für die Bürgerinitiative binnen eines Jahres eine Million Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten eingehen, hat die Kommission innerhalb von drei Monaten tätig zu werden. Sie kann entscheiden, ob sie der Aufforderung nachkommt oder nicht, und muss ihre Entscheidung in beiden Fällen begründen. In diesem Zusammenhang möchten wir Sie auch auf die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage (E-000153-17) durch die Kommission hinweisen. Aus dieser geht unter anderem hervor, dass die derzeitige Genehmigung der Zulassung von Glyphosat sechs Monate nach der Übermittlung einer endgültigen Stellungnahme des „Committee for Risk Assessment“ (RAC) der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) an die Kommission ausläuft, es sei denn, das Ende dieser Frist wäre erst nach dem 31. Dezember 2017 erreicht, denn dann liefe die Genehmigung schon mit Jahresende 2017 aus.

Zum aktuellen Stand der Arbeiten seitens der ECHA bzw. des RAC möchten wir Sie auf die Webpage der ECHA zum Thema Glyphosat sowie auf deren Pressemitteilung vom 15. März 2017 hinweisen.

Darüber hinaus hat das Plenum des Europäischen Parlaments erst kürzlich, nämlich am 13. Juni 2017, eine ausführliche Debatte zum Thema „Glyphosat und Zulassungsverfahren“ abgehalten, die durch eine entsprechende parlamentarische Anfrage an die Europäische Kommission vom 31. Mai 2017 motiviert war. Die Beiträge der einzelnen Redner im Rahmen dieser Debatte finden Sie im ausführlichen Sitzungsbericht zu diesem Tagesordnungspunkt, und zwar sowohl im Wortlaut als auch in simultan übersetzter Video- aufzeichnung.

Für Nachfragen zu Details der Arbeit der Europäischen Kommission in dieser Angelegenheit können Sie sich selbstverständlich auch direkt an die Europäische Kommission wenden.

Wir hoffen, dass diese Informationen Ihr Interesse finden und danken Ihnen, dass Sie das Europäische Parlament kontaktiert haben.

Mit freundlichen Grüßen

Referat Bürgeranfragen

www.europarl.europa.eu/askEP/de

Haftungsausschluss: Bitte beachten Sie, dass die vom Referat Bürgeranfragen des Europäischen Parlaments erteilten Informationen nicht rechtsverbindlich sind.

Wir weisen auch darauf hin, dass diese E-Mail-Box nur für den Versand von E-Mails benutzt wird. Eingehende E-Mails werden nicht bearbeitet. Wenn Sie Kontakt mit dem Referat Bürgeranfragen aufnehmen möchten, bitten wir Sie, unser Online-Formular zu benutzen.